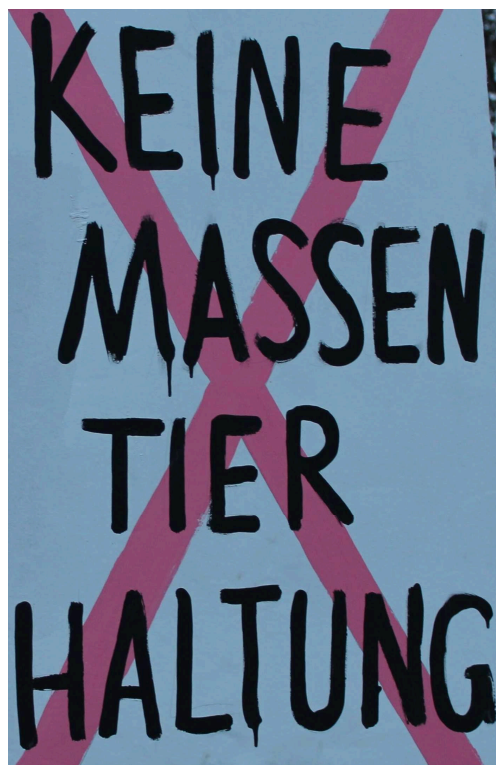


Freitag, 28 November 2014 23:37 | von Michael Bolz

## Bürgerinitiativen aus MOL arbeiten verstärkt zusammen

Erfolgreiches Regionaltreffen der Bürgerinitiativen gegen Tierfabriken



Vor einigen Tagen trafen sich knapp 40 Mitglieder aus den Bürgerinitiativen der Dörfergemeinschaft Steinhöfel, Müncheberg, "uns stinks schon lange" (Reichenow-Möglin-Herzhorn), Hohenstein, "Tierfabriken Widerstand" und Bürger aus Wriezen, Biesdorf und Gladowshöhe zum Informationsaustausch. Im Gespräch über die geplanten und im Bau befindlichen Anlagen wurde deutlich, dass es die sich für eine gesunde Umwelt engagierenden Gruppen nicht bei Widersprüchen beim Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV), Bauordnungs- und Umweltamt belassen dürfen. Das LUGV berät nicht nur die Eigentümer der Tierfabriken sondern entscheidet über ihre Anträge wie auch über die Widersprüche der Bürger. Wenn es seinen eigenen Bescheid für den Bau einer Tierfabrik wegen der Widersprüche der Bürger ablehnt, dann müsste es für die Unkosten aufkommen. Diese entstehen dadurch, dass sofort nach dem Bescheid des LUGV gebaut werden darf, über die Widersprüche der Bürger aber erst zum Teil nach Jahren entschieden wird. Welche Behörde würde ihren eigenen Bescheid zurück nehmen oder relativieren, um dann für die Kosten aufzukommen, die durch den Abriss oder Umbau der Tierfabrik entstehen?

Die Reaktion der Tierfabrikengegner auf diese schlechten Rahmenbedingungen muss also eine politische sein. Die einzelnen Gruppen und Bürger wollen in Zukunft näher zusammen rücken, ihre Kommunikation verbessern und gemeinsame Aktionen durchführen. Dabei soll nicht beim Thema Tierfabriken halt gemacht werden. Letztendlich geht es um Themen wie "Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen", "Pflanzenschutzmittel" und "Landgrabbing" usw. Sie alle sind Ausdruck einer Ideologie des Wachstums. Wir brauchen weder noch mehr Puten-, Hähnchen- oder Schweinefleischproduktion, weil in Deutschland gar nicht alles verbraucht werden kann. Ein Export in arme Länder wie Nordafrika macht auch keinen Sinn, weil gerade dort Schweine- und anderes Tierfutter von großflächigen Agrarproduzenten für den europäischen Markt angebaut werden. Die Folgen sind von ihrem Land vertriebene Bauern und eine Zunahme des Hungers. Letztendlich wird dann hier in den märkischen Tierfabriken nicht nur ein Zuviel an Fleisch produziert, sondern auch die Flüchtlinge, die dann über das Mittelmeer zu uns kommen.

Diesen und weiteren Themen wollen sich die Umweltaktivisten in regelmäßigen Treffen und durch einen verstärkten Informationsaustausch stellen. Darüber hinaus soll eine Dokumentendatenbank angelegt werden, damit bei zukünftigen Anträgen die betroffenen Bürger schneller reagieren können. Zur Darstellung und Information der Bürger soll ein Museum der Massentierhaltung entstehen. Das Konzept für ein derartiges Museum ist schon weit fortgeschritten und ein Gebäude dafür im Gespräch.

Das vierstündige Regionaltreffen war sehr intensiv und hat viele Ideen vorgebracht oder vertieft. Es gibt viel zu tun.